Beantwortung der Anfrage an den Sozialausschuss am 01.09.2022 zu den steigenden Gas- und Strompreisen

1. *Berlin, München und Bremen haben einen Härtefallfonds gegen Energiearmut eingerichtet. Wird der Kreis Mettmann diesen Beispielen folgen, um die existenziellen Nöte der Betroffenen zu lindern?*

In den o.g. Beispielen handelt es sich im Vergleich zum Kreis Mettmann um kreisfreie Städte bzw. Bundesländer, welche eigenverantwortlich für die Einrichtung eines Härtefallfonds zuständig sind. Beim Kreis Mettmann handelt es sich um eine umlagefinanzierte Kommune, welche sich u.a. aus der Kreisumlage finanziert. Bei der Einrichtung eines Härtefallfonds würde es sich um eine freiwillige Leistung handeln, welche über die Kreisumlage finanziert werden müsste. Dabei müsste der Härtefallfonds im Rahmen der Benehmensherstellung die Zustimmung der kreisangehörigen Städte erfahren. Es mangelt für den Kreis Mettmann an einer Rechtsgrundlage zur Einrichtung eines Härtefallfonds.

Vielmehr wäre jedoch jede einzelne kreisangehörige Stadt gefragt, einen Härtefallfonds für entsprechende Notlagen einzurichten. Nach den aktuellen Erkenntnissen, werden die kreisangehörigen Städte jedoch keinen Härtefallfonds vorsehen können.

2. *Welche Möglichkeiten wird der Kreis Mettmann nutzen, um zu verhindern, dass keine Bürgerin, kein Bürger des Kreises in der dunklen und kalten Wohnung sitzen muss und Energiesperren zukünftig ausgesetzt werden?*

Die Sicherstellung der Storm- und Gasversorger stellt grundsätzlich keine Aufgabe des Kreises Mettmann dar. Vielmehr bedient der Kreis Mettmann als örtlicher Träger der Sozialhilfe und als kommunaler Träger Leistungsansprüche leistungsberechtigter Personen. So können Abschläge für Gas im Rahmen der Heizkosten Berücksichtigung finden, sofern sie angemessen sind. Bei der Angemessenheit handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, welchen es auszulegen gilt. Nach den Vorschriften des SGB II und SGB XII besteht die Möglichkeit der darlehensweisen Bewilligung zur Sicherung der Unterkunft oder in vergleichbaren Notlagen. Gas- und Stromsperren stellen eine vergleichbare Notlage im Sinne des Gesetzes dar.

3. *Wird der Kreis Mettmann dafür einsetzen, dass die Anschaffung energieeffizienter Geräte durch die Grundsicherungsämter als Beihilfe übernommen, werden?*

Im Einzelfall kann ein von den Regelbedarfen umfasster und nach den Umständen unabweisbarer gebotener Bedarf als Leitung in Form eines Darlehens erbracht werden, sofern dieser nicht auf andere Weise gedeckt werden kann. Dabei bedarf es einer Bezeichnung des konkreten Bedarfs, welcher auf Notwendigkeit zu prüfen ist. Darüber hinaus erfolgt eine Angemessenheitsprüfung, sodass im Regelfall kostengünstige Angebote in Anspruch zu nehmen sind. Eine Bewilligung von Sozialhilfe kann unter Berücksichtigung der Grundsätze der Notwendigkeit und Angemessenheit in Betracht kommen. Eine Neuanschaffung energieeffizienter Geräte dürfte im Rahmen der Angemessenheitsprüfung regelmäßig ausscheiden.

4. Wird sich der Kreis Mettmann dafür einsetzen, dass Land und Bund hier entgegensteuern und die enorme Verteuerung von Gas und Strom gesetzlich deckeln, um so eine Verschuldung der Kommunen und zusätzliche Belastungen der Bürger*innen zu verhindern?

Der Kreis Mettmann hat mehrfach auf die Folgewirkungen insbesondere für leistungsberechtigte Personen nach den Vorschriften des SGB II und SGB XII hingewiesen. Bislang wurden keine Regelungen geschaffen, welche den Kreis Mettmann als örtlichen Träger der Sozialhilfe in die Lage versetzen würde, die offensichtlich zunehmende Belastung des Kreishaushaltes auszugleichen. Auch Regelungen zur Übernahme steigender Energiekosten für leistungsberechtigte Personen blieben bislang aus. Die Höhe der ausgezahlten Corona-Einmalzahlung wurde um eine „Energie-Pauschale“ angepasst. So wurden im Monat Juli 200 €, anstelle von 100 € ausbezahlt. Diese Einmalzahlung stellte jedoch lediglich im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt eine zusätzliche Belastung für den Kreishaushalt dar. Im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung unterliegt die Einmalzahlung der Bundeserstattung. Die steigenden Heizkosten werden perspektivisch und durch steigende Abschläge bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine Belastung für den Kreishaushalt darstellen, für welche bislang keine Ausgleichszahlungen in Aussicht gestellt wurden.